

Stunde der Technokraten- zur Einsetzung der Hartz -Kommission

Helga Spindler

-erweiterter Nachdruck-

Vorwort

Es war einmal ...das kleine Volk der Deutschen, das war fleißig und erfindungsreich und viele lebten in bescheidenem Wohlstand. Ein Leben ohne bezahlte Arbeit bei einem Brotherren oder weltläufigen Fürsten konnten sich viele nicht vorstellen. Nun begannen die Herren aber ihre Arbeiter zu entlassen, weil sie wegen ihrer Maschinen viele nicht mehr brauchten oder billigere Arbeitskräfte jenseits des großen Meeres fanden. Da entstand eine Unruhe in dem kleinen Volk, obwohl bis dahin alle gelernt hatten, das man zusammen stehen muss und dass diejenigen, die über Einkommen verfügen für die, die keine Arbeit haben, etwas abgeben. Sie wählten sich einen jungen König, der sich sogleich eine junge schöne Königin nahm und ihnen soziale Gerechtigkeit und Reformen versprach. Er hatte einen beliebten Minister, der ihnen ein harmonisches Leben im Einklang mit der Natur in Aussicht stellte. Auch die Arbeitslosigkeit bei ihren Untertanen wollten sie beheben, waren aber ratlos, wie sie das schaffen sollten, zumal die Beamten, die sie mit der Arbeitsvermittlung beauftragt hatten, sie über die Erfolge ihrer Tätigkeit täuschten. Sie schickten einen Boten zu einem befreundeten König in Engeland, der eine Botschaft zurückbrachte. Jedoch das Volk wollte diese Botschaft nicht hören und wurde sogar böse darüber. Und auch die Hoffnung, die Untertanen durch ein nach alter Manier einberufenes "Bündnis für Arbeit" zu beeindrucken, zerschlug sich.

Als alles nichts mehr half, beriefen sie einen Rat weiser Männer. Vertreter aus dem Volk, die viel von Wirtschaft verstanden oder in großen Vereinigungen der Untertanen ihren Weg gemacht hatten und die Wünsche der Untertanen, aber auch ihrer Herren kannten - und sogar eine weise Frau war darunter. Und sie beriefen einige besonders erfahrene Männer, die Betrieben, wenn sie keine Gewinne mehr machten, halfen ihre Untertanen besser ein – bzw. freizusetzen. Auch kluge Wissenschaftler waren dabei, die sich über die Grenzen des kleinen Landes hinweg mit Kollegen austauschten, wie man Menschen schneller zwischen Arbeitsplätzen hin – und herbewegen und das kostengünstig verwalten kann. Den Vorsitz der 15-köpfigen Gruppe übernahm ein weiser Mann, dem es persönlich ein Leben lang ein Anliegen gewesen war, Arbeitslosigkeit zu verhindern und der auch schon viele Ideen dazu bei verschiedenen Herren vorgetragen hatte, die ihn wohlwollend gewähren ließen, solange die Gewinne nicht geschmälert wurden. Nach kurzer Zeit erstellten die Weisen einen Vorschlag bestehend aus 12 Kapiteln, Module genannt, die bei vollständiger, aber nur bei ganz vollständiger Umsetzung zur Halbierung der Arbeitslosigkeit um 2 Millionen Untertanen in 3 Jahren führen sollten. Dazu kam noch ein 13. Kapitel, in dem sie 6,1 Millionen sog. „Profis der Nation“ damit beauftragten, zusammenzuarbeiten und persönlich Arbeitslose zu betreuen und ihnen wieder Arbeit zu geben. Im August überreichte der Vorsitzende dem König im Französischen Dom zu Berlin den Vorschlag mit den Worten: "Heute ist ein schöner Tag für die Arbeitslosen in Deutschland." Später, von einem Schreiber danach gefragt, ob er damit nicht eine göttlich Mission erfüllt habe, ergänzte er: „Ich bin schließlich kein Messias.(...) Aber um in Ihrem Bild zu bleiben: Wir haben eine „Bibel“ für den Arbeitsmarkt geschrieben, jeder Gutwillige kann darin lesen.“ Und der König versprach, sich daran zu halten und den Vorschlag „eins zu eins“ umzusetzen und wurde neu gewählt, damit er das Werk vollenden könne.....“

Dieses Sommermärchen des Jahres 2002 - das mit der Einberufung der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, besser bekannt als „Hartz- Kommission“, am 22. Februar 2002 begann - ist inzwischen für einen Teil des kleinen Volkes und seiner Zuwanderer zu einem bösen Albtraum geworden, darunter für viele, die den jungen König

gewählt hatten: Für die Arbeitslosen, die tatsächlich weniger geworden sind, aber nur weil man sie nicht mehr in die Versicherung aufnimmt, sie nicht mehr statistisch zählt oder in Maßnahmen oder Arbeitsplätze steckt, die sie nie freiwillig wählen würden, oder ganz schlicht, weil weniger junge Menschen im Arbeitsmarkt nachkommen. Ein Albtraum ist es auch für einen Teil derer geworden, die die neue Verwaltung übernehmen müssen, mit wenig Zeit, z.T. befristeten Arbeitsverträgen, einem fürchterlichen Softwareprogramm und miesen Arbeitsangeboten, in die sie die Menschen zwingen müssen, um ihre Erfolgszahlen zu erreichen oder für die, die versteckt in Callcentern unsinnige Checklisten abarbeiten müssen. Ein Albtraum aber auch für viele, die arbeiten und fürchterliche Angst haben, auf die „Unterstützung“, dieser Behörde und ihrer von oben verordneten Anmaßung angewiesen zu sein und deshalb erpressbar werden.

Zufrieden sind die meisten der weisen Männer, weil sie jetzt etwas freier wirtschaften können als früher. Zufrieden ist auch der „König“, Bundeskanzler Gerhard Schröder, SPD, und sein Minister Joschka Fischer von den Grünen, die zwar aus dem Amt gejagt wurden, aber heute reicher sind als früher, weil die Herren ihnen sehr dankbar sind. Ein Teil ihrer Gefolgschaft regiert noch und hofft, dass das Volk ihren Anteil an dem, was sie damals eingeleitet haben, vergessen hat.

Die Mitglieder der Kommission und ihre berufliche Entwicklung.

Manche aus der Kommission können auch einfach über ihre anschließende Karriere zufrieden sein. Der damalige IG Metall Bezirksleiter NRW **Peter Gasse**, der vorher schon kurzzeitig für die SPD im NRW Landtag war, wurde 2004 Arbeitsdirektor bei Krupp-Mannesmann. Sein Vorgänger im der IG Metall, **Harald Schartau**, war zum Zeitpunkt seiner Berufung schon zum Minister für Arbeit und Soziales in NRW aufgestiegen, danach bis 2005 Landesvorsitzender der SPD in NRW, und erneut Minister, diesmal für Wirtschaft und Arbeit, wurde 2005 von seinen treuen Wählern in Dortmund nochmals in den Landtag gewählt und ist seit 2009 Arbeitsdirektor und Mitglied der Geschäftsführung der Georgsmarienhütte Holding GmbH. Dr. **Eggert Voscherau** (Titel ehrenhalber 2006 verliehen) Vorstandsmitglied und Arbeitsdirektor der BASF ist seit 2005 Vorstand im Bundesarbeitgeberverband Chemie, seit 2009 als Vorsitzender in den Aufsichtsrat gewechselt und hat seit der Zeit offenbar guten Kontakt zu dem Schröder-Vertrauten Steinmeier. Dr. **Norbert Bense** wechselte 2002 gerade von Daimler als Vorstandsmitglied und Arbeitsdirektor zur Deutschen Bahn, übernahm dann den Logistikvorstand, versuchte in dieser Funktion 2007 die streikenden Lokführer in die Knie zu zwingen und musste wegen eines riesigen Datenskandals 2009 zusammen mit seinen Kollegen den Vorstand verlassen. Dabei waren die Daten, Mails, Kontobewegungen von über 100 000 Mitarbeitern heimlich kontrolliert, Beziehungsdiagramme erstellt, Texte gelöscht und manipuliert worden. Der Betriebsrat war nicht eingeweiht worden, weil er als zu geschwätzig galt. **Heinz Fischer**, damals Bereichsvorstand Personal bei der Deutschen Bank, wechselte 2003 als (Honorar-) Professor an für Human Resources (HR), Management & Consulting in das HR Competence Center der Hochschule Pforzheim. Der Leipziger SPD Oberbürgermeister **Wolfgang Tiefensee** ist ab 2005 Bundesminister für Verkehr geworden. Der Volkswirt **Wilhelm Schickler** Präsident des Landesarbeitsamts Hessen, übernahm 2002 die Hauptstadtvertretung der Bundesagentur und wurde 2005 Leiter Regionaldirektion Berlin- Brandenburg. Und Prof. Dr. **Jobst Fiedler**, SPD Mitglied, war bis 1996 Oberstadtdirektor von Hannover, wechselte dann als Berater zu Roland Berger Strategie Consultants, worauf viele und hochdotierte Beraterverträge aus der niedersächsischen SPD –Landesregierung folgten. Daneben fand er 1998 noch Zeit für eine „kumulative Promotion“ aus elf Einzelbeiträgen an der Universität Hannover und ist seit 2004 Professor für Public and Financial Management an der privaten Hertie School of Governance in Berlin.

Bei den andern Mitgliedern hat sich nicht so viel verändert.

Klaus Luft mit seiner neuen kleinen Technologiefirma hatte wohl nach den Stationen bei Goldman Sachs und dem Absturz von Nixdorf unter seinem Vorsitz seine beste Zeit schon hinter sich und geht seitdem privaten Projekten nach. Dr. **Peter Kraljic** ist weiter Direktor McKinsey & Company und langjährig erfahren in der Politikberatung. Dr. **Werner Jann** blieb als Professor für Politikwissenschaft, Verwaltung und Organisation an der Universität Potsdam. **Hanns Eberhard Schleyer** war bis 2010 Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks und 2005 Gründungsmitglied bei dem „exklusiven Netzwerk“ der „IZA Policy Fellows“, genauso wie Norbert Bensele. Das Institut : Zukunft der Arbeit (IZA) wird getragen von der Post-Stiftung (Präsident Zumwinkel) und ist gut verankert in einem internationalen Netzwerk neoliberaler Arbeitsmarktforscher, die regelmäßig Vorstöße zur Lohnreduzierung, Arbeitszeitverlängerung, Absenkung von Existenzminima und Workfare-Arbeitsdiensten für Arbeitslose unternehmen. Weil dabei sämtliche Maßstäbe abhanden gekommen sind, kommen aus diesem Institut auch schon mal solche Ideen, wie Arbeitslose tagesaktuell zu versteigern. Der wissenschaftliche Kopf der Kommission war Professor Dr. **Günther Schmid**, Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin, der vorher schon im Bündnis für Arbeit die meisten Vorschläge konzipiert hatte. Er war nicht nur „IZA Research Fellow“ seit 2004, sondern gleichzeitig einflussreicher Kooperationspartner beim DGB-eigenen WSI- Institut.

Es bleiben noch zwei:

Der Vorsitzende der Kommission, Mitglied von SPD und IG Metall, und damals Personalvorstand der Volkswagen AG Professor Dr. **Peter Hartz** (beide Titel ehrenhalber 1994 und 2004 verliehen), dessen blamables Ende bei VW inzwischen jeder kennt. Er wurde 2007 wegen Untreue im Rahmen einer Korruptionsaffäre bei Volkswagen verurteilt. Dennoch ist seine verschwiemelte Co- Management Strategie, die durch Verflechtung mit der politischen Klasse in Hannover und Vergünstigungen und Zugang zu Sexdienstleistungen auf Kosten der Firma zusammengehalten wurde, ein Erklärungshintergrund für die falschen Hoffnungen und Allmachtsphantasien, die ihn heute noch leiten. Es geschah ja alles zu einem guten Zweck. (Dass das und die horrenden Berateraufträge ein Ende gefunden haben, ist dem Schröder -Nachfolger Wulff von der CDU zuzuschreiben, dem sein Hang zur Sparsamkeit inzwischen anderweitig zum Verhängnis wurde.) Aber jedenfalls Peter Hartz ist nicht zufrieden mit der Entwicklung, denn er meint, dass seine guten Ratschläge mehrheitlich überhaupt nicht befolgt wurden und die andern ganz anders umgesetzt wurden, als er es sich vorgestellt hatte. Auch ver.di Mitglied **Isolde Kunkel Weber**, 2003 wiedergewählt im Bundesvorstand, hält die Zeit zwar „für die aufregendste Zeit“ ihres Lebens, kritisiert aber, dass viele Zusagen, z.B. keine Kürzungen bei Arbeitslosengeld und -hilfe, nicht eingehalten wurden.

Show der Einstimmigkeit

Das deutet schon daraufhin, dass es falsch wäre, das Wirken der Hartz -Kommission völlig identisch mit der nachfolgenden Agenda 2010 und der Hartz- Gesetzgebung unter SPD-Minister Wolfgang Clement zu setzen. Aber: die Kommission hat diesen Gesetzen nicht nur den Namen gegeben, sie hat auch die weitere Entwicklung zu verantworten und legitimiert und viele soziale Schutzwälle eingerissen. Sie ist ein Lehrstück für eine moderne, sozialdemokratisch- technokratische Art zu regieren - bzw. zu manipulieren, anspruchsvolle soziale Ziele zu formulieren und in Wirklichkeit auf nichts anderes zu lauern, als das Volk in kurzen „Zeitfenstern“ über den Tisch zu ziehen, bewährte Sicherungssysteme zu zerstören, den Druck über die Arbeitswelt hinaus ins Privatleben und in die Zeit der Arbeitslosigkeit zu verlängern; ein Lehrstück für das Wirken von „Spindoctoren“, Strippenziehern, Sozialtechnikern, die mit wohlklingenden Konzepten bis zum letzten Moment über ihre wahre Strategie täuschen. Deshalb ist das Wirken der Kommission auch schon in vielen politikwissenschaftlichen Büchern verarbeitet worden (zuletzt von Sven T. Siefken,

Expertenkommissionen im politischen Prozess. Eine Bilanz der rot-grünen Bundesregierung 1998- 2005. VS Verlag 2007) und nicht wenige Akteure von damals kümmerten sich danach in wissenschaftlichen Ausbildungsgängen um den Nachwuchs. (so etwa auch Minister Clement in NRW School of Governance in Duisburg oder die damalige parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen Dr. Thea Dückert an der Uni Oldenburg). Das breite Unterstützergeflecht im Hintergrund wurde mir auch deutlich, als ich einem unsichtbaren weiteren Akteur nachspürte: der Bertelsmann Stiftung und den von ihr beauftragten Mitarbeitern (Helga Spindler, War auch die Hartz -Kommission ein Bertelsmann Projekt? in: Wernicke/Bultmann, Bertelsmann- Netzwerk der Macht, 2007, nachgedruckt bei www.nachdenkseiten.de vom 23.9.2009) Mehr Erfolge als das sog. Schröder- Blair Papier, in dem die politischen Strippenzieher noch deutlicher argumentierten, oder im „Bündnis für Arbeit“, in dem sich die Gewerkschaften noch nicht so reibungslos über den Tisch ziehen ließen, hatte diese Strategie auf alle Fälle. Der DGB Bundesvorstand lobte sie als ein „vielversprechendes Konzept für die Zukunft“

Beginnen wir mit den Vorschlägen, den **Modulen**: Die waren eigentlich gar nicht so ernst zu nehmen, ziemlich willkürlich zusammengestellt und je nach Analysefähigkeit glaubten einzelne Mitglieder nur mehr oder weniger an eine erfolgreiche Umsetzung „eins zu eins“. Es war die Show der Einstimmigkeit, die beeindrucken sollte, mehr nicht. Da gab es Modul 4, das AusbildungsZeit- Wertpapier für jugendliche Arbeitslose; oder Modul 12, den JobFloater, ein Kredit für Unternehmen, die Arbeitslose einstellen oder Modul 7 mit dem schönen Namen: Kein Nachschub für Nürnberg!, das Unternehmen bewegen bzw. Anreize schaffen sollte, Entlassungen zu vermeiden, - alles Module, die Peter Hartz am Herzen lagen, aber achselzuckend beiseite gelegt wurden. Dann kam Modul 2, die familienfreundliche Quick-Vermittlung. Aus dem ganzen Bündel von Maßnahmen, die die Vermittlungsgeschwindigkeit beschleunigen, aber in denen von Erhöhung des Familieneinkommens keine Rede war, ist eine Randzuständigkeit für Kinderbetreuung und Pflegehilfen geblieben und eine Regelung, die weder was mit Familien noch mit Quickvermittlung zu tun hat, nämlich die Pflicht exklusiv für Beschäftigte, sich sofort mit der Kündigung zu melden. Weil das viele übersehen und nicht wissen, hat man seither eine ansehnliche Einsparung durch die vielen aus diesem Grund verhängten Sperrzeiten. In die gleiche Richtung entwickelte sich Modul 5, das „BridgeSystem“ zur Förderung älterer Arbeitnehmer. Statt Förderung gab es nachher kürzere Kündigungsfristen, Erschwerung des Vorruhestands, Verschlechterung bei der Erwerbsminderungsrente, Zwang zur Frühverrentung mit erheblichen Rentenabschlägen. Hier zeigt sich schon ein Umsetzungsmuster, das eigentlich jedes ernsthafte Kommissionsmitglied hätte auf den Plan rufen müssen: verkürzte Maßnahmen, einseitig zu Lasten von Arbeitnehmern.

Ich-AGs, Minijobs, Leiharbeit

Bekannter und zeitweilig umgesetzt wurde Modul 9: die „Ich AG“ mit der Möglichkeit, sie einfach durch mitarbeitende Familienangehörige auf eine „Familien –AG“ zu erweitern. Auf die Eröffnung dieses vergleichsweise großzügig geförderten Wegs in die Selbständigkeit konnte sich die Kommission offenbar nur einigen, um die Schwarzarbeit von den Arbeitslosen „mit alltagspraktischen Fähigkeiten und Fertigkeiten“ für einfache Dienstleistungen zu reduzieren. Das war insofern eine Kehrtwende im Jahr 2002, weil die rot- grüne Koalition zuvor zaghafte Versuche unternommen hatte, die sog. Scheinselbständigkeit abzubauen. Das heißt: zu verhindern, dass Menschen ohne arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Schutz bleiben, die oft nur von einem Auftraggeber abhängig sind, wenig verdienen und sich deshalb immer mehr selbst ausbeuten, was ja kein Gesetz verbietet. Jetzt war jeder noch so kleine und abhängige Selbständige plötzlich willkommen –zur Senkung der Arbeitslosenzahl und wegen des schönen Nebeneffektes, dass diese Menschen einen Wegfall ihrer Beschäftigung als

persönliches Versagen empfinden und insofern sozialpolitisch ungefährlich sind. Später haben auch aus Angst vor Hartz -IV viele nach dieser Fördermöglichkeit gegriffen, einige sogar mit längerfristigem Erfolg. Aber die Förderung in der Breite war zu großzügig - deshalb ist dieses Modul inzwischen auch wieder weg.

Diesem Modul haben wir außerdem die Förderung der sog. Minijobs- natürlich auch zur Bekämpfung der schwarzarbeitenden Arbeitslosen - zu verdanken und nach dem Vorschlag sollten sie in privaten Haushalten damals schon bis zu 500 Euro pro Monat gehen. Es blieb bei der Erweiterung der Grenze auf 400 Euro, aber die erlaubte Höchststundenzahl wurde entfernt, was zu einem rasanten Anstieg der Minijobs und der dort nunmehr erlaubten Hungerlöhne führte.

Ebenfalls im engeren Sinn nicht mehr vorhanden ist Modul 8, die PersonalServiceAgentur (PSA). Sie wurde als neue Form einer „integrationsorientierten Zeitarbeitsgesellschaft“ und als „Herzstück“ der Reform angepriesen, deren Hauptzweck der Verleih zum Zweck des Verbleibs in den Entleihbetrieben (Klebeeffekt) sein sollte. Arbeitslose sollten zwar sozialversicherungspflichtig, aber nur für einen Lohn in Höhe des Arbeitslosengeldes unter Sanktionsdrohung verpflichtet werden, dort zu arbeiten. Der damalige Grünen-Vorsitzende Fritz Kuhn sprach gar von einer „Kulturrevolution“, weil Arbeitslose über die PSA sofort zeigen müssten, was sie können.

Hier bestand hohe Übereinstimmung zwischen Wilhelm Schickler, der bereits mit der vermittlungsorientierten „Arbeitnehmerüberlassung“ durch das berufliche Fortbildungszentrum der Bayrischen Wirtschaft experimentiert hatte, Günther Schmid, der schon im „Bündnis für Arbeit“ die Leiharbeit favorisiert hat und den Unternehmensberatern. Und auch Peter Hartz musste nicht lange überzeugt werden, hatte er doch schon mit Duldung der Gewerkschaft zur Absicherung der Stammebelegschaft bei VW eine hauseigene Zeitarbeitsfirma ins Leben gerufen um „flexibel“ Arbeitskräfte dritter Klasse anzuheuern. (Die zweite Klasse waren diejenigen mit dem Einheitslohn von 5000 DM , die er als ehemalige Arbeitslose bezuschussen ließ) Dass sich das Wolfsburger Kugelmodell nicht problemlos auf das ganze Land übertragen lassen würde, war wohl nur ihm nicht klar. Weil es für die PSA noch ersichtlich an konkreten Konzepten fehlte, hatten sich Wilhelm Schickler für die Bundesanstalt, McKinsey und die Bertelsmann Stiftung entschlossen, „ihr know-how zu bündeln und parallel zur Arbeit der Kommission mit vereinten Kräften“ weiterzuarbeiten und ihr Konzept zur „Personal- Service- Agentur“ in den Kommissionsbericht eingespeist. Diese zusätzliche Mühe war vergebens. Die niederländische Firma Maatwerk hatte über 200 Aufträge für PSA durch ein besonders günstiges Angebot an sich gezogen und hatte sich diesem Geschäft nicht gewachsen gezeigt. Unseriöse Abrechnung von Zuschüssen und schlechte Behandlung von Arbeitslosen ließ man ihr noch durchgehen, aber den Konkurs im Februar 2004 konnte man dann doch nicht abwenden. So ist auch dieses Modul abhanden gekommen.

Profitiert von dem Vorgang hat allerdings die Leiharbeit in Deutschland, denn die Berater haben sicherheitshalber der Regierung auch ihre Forderungen zur Deregulierung der Leiharbeit diktiert, was von Minister Clement ausnahmsweise einmal „eins zu eins“ in Gesetzesform übernommen und von den Gewerkschaften mit einem Tarifabschluss honoriert wurde, der noch unter den Mindestarbeitsbedingungen in einigen umliegenden Ländern lag und auf absehbare Zeit jede Equal pay- Regelung verhinderte. Minister Clement ist nachher von der Branche sehr großzügig aufgenommen und honoriert worden. Auch wenn die PSA gescheitert ist, kann so im Sinne der Erfinder langfristig daraufhin gearbeitet werden, über die gewerbliche Leiharbeit einen Grossteil des Vermittlungsgeschäfts der Bundesagentur zu privatisieren.

„Kunden“ im Jobcenter

Für die Beteiligten wichtig waren zudem die Module 1,10 und 11, die die Organisation betreffen, wobei das Ziel gleich am Anfang klar formuliert wurde: „Die Bundesanstalt für

Arbeit wird aus einer Behördenorganisation in einen Dienstleister mit privatwirtschaftlicher Führungsstruktur überführt.“ Alles streng ausgerichtet auf wettbewerbsorientiertes, unternehmerisches Handeln, Controlling, ein bundesweit verfügbares, einheitliches IT-System, Aufbau einer monströsen Datenbank für alle Arbeitnehmer, Abbau gesetzlicher Regelungen (vor allem von Leistungsansprüchen), Clearingstellen, Selektion der arbeitslosen „Kunden“ nach „Profiling“ in Betreuungs- Beratungs- und Informationskunden, die sich anschließend selbst um ihre Vermittlung kümmern sollten und Aufbau von KompetenzCentren auf Landesebene und Jobcentern am Ort, die wirklich alle, auch die Versicherten, betreuen sollten. Da winkten zahllose Folgeaufträge in Millionenhöhe für McKinsey/Roland Berger und IT Lieferanten. Die Besetzung von Führungspositionen mit Seiteneinsteigern aus der Wirtschaft ohne jede sozialstaatliche Orientierung erfolgte mit System. Nach einem kurzen Zwischenspiel des SPD Politikers Florian Gerster übernahm CDU Mitglied und Betriebswirt (Fachhochschule des Heeres 2) Dr. Frank -Jürgen Weise (Titel ehrenhalber 2008 verliehen) den Vorstandsvorsitz der Bundesagentur, bis dahin nur erfahren als Logistikmanager und als Kompaniechef. McKinsey schleuste Dr. Sven Schütt in den Vorstand, der später als Geschäftsführer an die Hertie School of Governance wechselte und auch die Regionaldirektionen wurden entsprechend besetzt (ein Beispiel bei: Helga Spindler, Laborversuche der Bundesagentur www.ak-sozialpolitik.de vom 7.8. 2007) . Dafür wurden 100 außertarifliche Stellen mit Gehältern bis zu 10 000 Euro und weiteren Zusatzleistungen geschaffen. Das ist ungefähr so, als würde eine Gruppe kritischer Armutsforscher und Sozialethiker die Deutsche Bank übernehmen. Da würde der Dümme bald ahnen, dass sie das weder können noch weiterführen wollen. Ein vergleichbarer Vorgang läuft bei der Bundesagentur ab - nur bislang ohne irgendeinen Widerstand. Die Bewältigung des absehbar organisatorischen Chaos der neuen Jobcenter- die verfassungswidrigen Arbeitsgemeinschaften, die Optionskommunen, die Abgrenzungsprobleme zwischen nunmehr drei Behörden: Arbeitsagentur, Jobcenter und Sozialamt, das alles hat man der Verwaltung und den Gerichten überlassen, denn solche Probleme interessierten die Experten der Kommission nicht.

Bleiben das Modul 3 „Neue Zumutbarkeit und Freiwilligkeit“ und das Modul 6 „Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenführen“, die direkt ins neue SGB II gemündet sind, das als „Hartz IV“ bekannt wurde. Aber eben anders, als es sich jedenfalls Peter Hartz oder Isolde Kunkel- Weber vorgestellt hatten. Die wollten Arbeitslosenhilfe für alle und ungekürzte Arbeitslosenversicherung .Vielen andern Mitgliedern ging es schon damals ganz plump um das, was inzwischen auch rückstandsfrei umgesetzt ist : Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, die Unterwerfung der bisherigen Bezieher unter eine neue, schlechtere Sozialhilfe.(Helga Spindler: Ist das Hartz-Modul Nr. 6: Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe Ausdruck einer sozialen Politik ? 2002, www.edit.uni-due.de/spindler) und eine Neuausrichtung der Sanktionen samt den starken Kürzungen in der Arbeitslosenversicherung. Das alles blieb noch etwas verschwommen, vor allem was die Höhe der Leistung angeht, um nicht zu viel Widerstand zu provozieren, aber die Tür für die Gesetzgebung unter Minister Clement war aufgestoßen.

Nachwort

Dass er das nicht ganz so wollte, soll Peter Hartz nicht entschuldigen. Aber die Konzentration auf ihn vernebelt auch, dass die Vordenker und Strategen weiter unangefochten ihre Arbeit vorantreiben, verbreiten, hoffähig machen in Wissenschaft und der Ausbildung junger Menschen, dass Sozialtechnokraten jedweder politischer Couleur Verwaltungen und Staat umformen. Ich persönlich hätte „Hartz- I- IV“ lieber nach den Mitgliedern benannt , die wussten, was sie in dieser Kommission anschieben wollten. Oder politisch gewendet: „SCF- I- IV“ nach Schröder, Clement und Fischer. Aber man kann es auch Steinmeier, Scholz,

Müntefering, Steinbrück, Brandner, Trittin, Künast, Kuhn, Göhring- Eckart, Dücker – I- IV nennen- denen allen, samt einer Reihe von Führungspersonal aus Gewerkschaft und Wohlfahrtsverbänden erweist Peter Hartz einen unschätzbaren Dienst: Er hält auch weiterhin als Buhmann den Kopf für sie hin.

Was sollte man daraus lernen ? Politische Redlichkeit und Transparenz sieht anders aus. Es braucht keine Lichtgestalten außerhalb der Politik, keine sogenannten Unabhängigen, die nicht müde werden in kleinen Variationen dem herrschenden Mainstream von Wettbewerb und Effizienzsteigerung zu folgen, sondern Menschen, die sich am Ergebnis für die Bevölkerung ausrichten, offen sagen, was sie wollen, mit welchen Mitteln sie das wollen, und was die Vor- und Nachteile sind. Die Angriffe auf die soziale Sicherung der Bevölkerung laufen heute viel eleganter ab, als noch in den 20er Jahren, wo ein Namensvetter Gustav Hartz noch viel plumper argumentieren konnte (Christoph Butterwegge, 10 Jahre Harz-Kommission. Kein Grund zum Feiern www.nachdenkseiten.de vom 22.2.2012), aber die Ergebnisse sind nicht weniger zerstörerisch. Wichtig ist zunächst die individuelle Stärkung der Arbeitslosen durch Beratung, aber vor allem durch Änderung von Zumutbarkeit und der Sanktionen, um den Leuten wieder mehr Verhandlungsmacht zu geben, um zunächst wenigstens einen Arbeitsmarkt als Markt zu rekonstruieren und keine Erpressungsmaschine a la Roland Berger und McKinsey. Dazu muss kommen: eine wieder deutliche Erweiterung der Arbeitslosenversicherung und ihrer Leistungen, Re -Regulierung der Leiharbeit, Änderungen der Vergabe- und Wettbewerbsorientierung zumindest bei sozialen Dienstleistungen. Nicht als Rückfall in Sozialstaatsillusionen , sondern zur Wiedergewinnung einer stabileren Ausgangsposition für die Bevölkerung mit Instrumenten, deren Wirkung man einigermaßen einschätzen kann, - um dann weiter zu sehen.

Zusammenfassung:

Helga Spindler erinnert im Rückblick nach 10 Jahren daran, was mit der Einberufung der „Hartz - Kommission“ begann und was aus ihren Mitgliedern und ihren Vorschlägen, den Modulen, geworden ist. Es ist ein Lehrstück für eine moderne, sozialdemokratisch-technokratische Art zu regieren und doch auf nichts anderes zu lauern, als das Volk in kurzen „Zeitfenstern“ über den Tisch zu ziehen und den Druck über die Arbeitswelt hinaus in die Zeit der Arbeitslosigkeit zu verlängern; ein Lehrstück für das Wirken von „Spindoctoren“ und Sozialtechnikern. Für die Arbeitslosen, aber auch die Verwaltungsmitarbeiter und vom Wegfall ihres Arbeitsplatzes bedrohten Arbeitnehmer ist das Ganze ein böser Albtraum geworden, während die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft weiter etabliert sind, Karriere machen und ihren Einfluss ausbauen

Was sollte man daraus lernen? Notwendig sind keine sogenannten Unabhängigen, die dem herrschenden Mainstream von Wettbewerb und Effizienzsteigerung folgen, sondern redliche Politiker, die ihre Arbeit an den Erfordernissen der Bevölkerung ausrichten, die offen sagen, was sie wollen und was die Vor- und Nachteile sind. Zunächst wären die Arbeitslosen individuell zu stärken um einen Arbeitsmarkt als Markt zu rekonstruieren und keine Erpressungsmaschine a la Roland Berger und McKinsey.